

Politische Bildung jenseits der Migrationsgesellschaft

Innenansichten zum Politikunterricht von jugendlichen Migranten

von *Susann Gessner*



Susann Gessner ist Studienrätin im Hochschuldienst an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Schulpädagogik und Didaktik der Sozialwissenschaften. Sie arbeitet an ihrer Dissertation mit dem Thema „Politikunterricht als Möglichkeitsraum – Perspektiven auf den Politikunterricht von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“.

Noman und Canan

Noman ist 17 Jahre alt. Er ist im Alter von neun Jahren mit seinen Eltern aus Pakistan nach Deutschland gekommen. *Noman* spricht wenig über sich und seine persönliche Situation. In der Schule und im Politikunterricht soll die einwanderungsbedingt unterschiedliche Herkunft der Schüler nicht thematisiert werden. Das Thema Migration bedeutet für ihn eine zusätzliche Verunsicherung. Im Politikunterricht bemüht er sich, antizipierte Erwartungen zu erfüllen: Es geht ihm darum, zu zeigen, dass er gelernt hat, was der Lehrer ihm vorgibt. Für *Noman* funktioniert der Politikunterricht wie ein Gesetzbuch bzw. wie eine Lebens- und Verhaltensanleitung, die sagt, was man darf und was nicht. Diese funktionalisierte Sicht entspricht auch *Nomans* eigenem Selbst-Anspruch, sich

unauffällig einzufügen, sich zu neutralisieren. *Noman* agiert nicht als handelndes, autonomes Subjekt. Er lernt zwar formal, aber die Inhalte bleiben für ihn persönlich bedeutungslos. Je stärker er sich darum bemüht, vor allem den Stoff zu erfassen, desto weniger gelingt die soziale Integration ins Unterrichtsgeschehen und desto weniger kann er von den „Anderen“ als Individuum identifiziert werden. Die Teilhabe am Politikunterricht ist für *Noman* auf einer elementaren Ebene nicht möglich, weder über Unterrichtsthemen noch über die soziale Situation innerhalb der Schülergruppe. Für *Noman* wäre es wichtig, Subjekt zu sein, um politische Bildungserfahrungen überhaupt machen zu können. Er braucht Ermutigung, das Eigene mehr in den Mittelpunkt seines Denkens und Handelns zu stellen. Dazu gilt es, im Unterricht Zugänge zu wählen, die jenseits von Wissensreproduktion und Funktionalität liegen. Inhaltlich hieße das, z.B. mehr ‚philosophische‘ Fragen an das Zusammenleben von Menschen aufzuwerfen. In Bezug auf die soziale Ausgestaltung von Unterricht wären Lernarrangements bereitzustellen, die Selbsterfahrungsmöglichkeiten bieten, z.B. durch projektorientiertes Arbeiten.

Canan ist 15 Jahre alt. Sie ist in Deutschland geboren, ihre Eltern stammen aus der Türkei. *Canan* hat ein positives Selbstbild und betont in progressiver Weise ihre Individualität als Mensch: Sie will sich nicht einseitig auf eine bestimmte Rolle und Zugehörigkeit festlegen lassen. Sie entzieht sich dem bewusst, indem sie das betont, was ihr Identifikationsmöglichkeiten bietet und Anerkennung ermöglicht, z.B. ‚gute‘ Schülerin, Mediatorin und Schülersprecherin sein. *Canan* sucht Situationen, in denen sie sich selbst als Handelnde erfahren kann. *Canan* ist an Prozesshaftigkeit und Entwicklung interessiert und

sie glaubt an die Wirkmächtigkeit von politischem Handeln. Für sie sind alle Bereiche und alle Ebenen des Lebens von Politik durchdrungen und so ist auch der Politikunterricht für sie konkret bedeutsam. Sie kann Unterrichtsthemen zu eigenen Themen machen. Der Erhalt von Fakten- und Sachwissen steht für *Canan* dabei nicht im Vordergrund, sondern ist vielmehr ein Anstoß für einen darüberhinausgehenden Bildungsprozess. Politisch sein und aktiv sein ist ein Wert an sich und politische Bildung ist für sie nicht auf ein Fach reduziert. Jede Ausgestaltung von Politikunterricht bringt *Canan* weiter. Der Politikunterricht an sich ist bildend. Sie kann mit den unterschiedlichsten Formen von Unterricht etwas anfangen und ist nicht auf bestimmte Methoden und soziale Arrangements angewiesen. Von unterschiedlichen Meinungen und vielfältigen Perspektiven kann sie profitieren. *Canan* erwartet vom Politikunterricht auf das Leben vorbereitet zu werden, d.h. demokratisch handeln zu können und zu partizipieren. Voraussetzung dafür ist eine gelingende Kommunikation im Unterricht, in der die Möglichkeit sich auszudrücken gefördert wird.

Prämissen für didaktische Fragestellungen im Kontext schulischer politischer Bildung

Politische Bildung mit Migranten ist zumindest für schulische politische Bildung vorrangig erst einmal keine Frage, sondern eine Tatsache. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es in Bezug auf die ausgewiesene Adressatengruppe etwas Spezifisches zu ‚wissen‘ bzw. zu verstehen gibt. Und wenn ja, welche Implikationen sich daraus für politikdidaktische Forschung und Theoriebildung ergeben.

Eine Möglichkeit darüber etwas herauszufinden, ist zu untersuchen, wie jugendliche Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ihren Politikunterricht rezipieren.

Die Politikdidaktik hat sich mit der Sicht junger Migranten auf das Fach bisher wenig beschäftigt. Nach wie vor dominiert ein Blick von ‚außen‘ auf Migration als strukturell-gesellschaftliches Phänomen. Politische Bildung konzentriert sich hier vor allem auf Konzepte ‚interkulturellen Lernens‘ und ‚antirassistischer Bildungsarbeit‘. Die Subjektivität von Migration, d.h. der Blick auf den einzelnen Menschen mit seiner individuellen biografischen Migrationsgeschichte tritt dabei in den Hintergrund.

Um einen Einblick in die individuellen Auseinandersetzungsprozesse jugendlicher Migrantinnen und Migranten mit politischer Bildung zu gewinnen, untersucht meine Forschungsarbeit deren Rezeptionsweisen von Politikunterricht. Die Frage lautet: Was passiert im Politikunterricht in Bezug auf politische Lern- und Bildungsprozesse? Im Mittelpunkt stehen dabei die Handlungen und Strategien der Jugendlichen.

Noman und Canan stellen dabei die entgegengesetzten Enden eines breiten Spektrums an Rezeptionsweisen dar.

Auswirkungen migrationsbedingter Differenz auf die Rezeption von Politikunterricht

Über die individuell spezifischen Bedürfnislagen der Jugendlichen hinweg gibt es jedoch grundsätzlich ähnliche Konfliktlagen: Es besteht nach wie vor eine Legitimationsproblematik, überhaupt in Deutschland zu sein. Fortdauernd wird um Zugehörigkeit gerungen. Die Jugendlichen geraten immer wieder in Situationen, in denen sie ihr Selbstverständnis und das des Einwandererseins hinterfragen müssen. Sie sind ja nicht als ‚Etablierte‘ gekommen. Es ist vor allem die Auseinandersetzung

mit dem angenommen defizitären Status, dem hierarchischen gesellschaftlichen Gefälle und den beschränkten Partizipationsmöglichkeiten. Die Jugendlichen nehmen eine negative Konnotation der natio-ethno-kulturellen Herkunft im öffentlichen Raum wahr. Entsprechend gehen sie davon aus, dass eine Thematisierung von Migration und Einwanderung im Unterricht auch nur problemzentriert erfolgen kann, was häu-



fig im Gegensatz zur eigenen Selbstwahrnehmung als Mensch, Jugendlicher, Schüler steht.

Die Idee von Schule und Unterricht als Lebens- und Erfahrungsraum, in dem Schüler auch in ihrer Individualität hervorgehoben bzw. aufgrund eines bestimmten Merkmals von anderen differenzial behandelt werden, wird zugunsten eines vermeintlichen Ideals der Gleichheit aller aufgegeben. Das Dilemma besteht für die Jugendlichen darin, nicht als Angehörige einer gesellschaftlich stigmatisierten Gruppe identifiziert werden zu wollen. Der Preis dafür ist jedoch die Aufgabe der eigenen Individualität bzw. deren Nivellierung. Dadurch wird die Entwicklung eigener Ideen und Gedanken verhindert. Vorstellungen von Politik als etwas, was sich durch individuelles Handeln oder durch die individualisierte Sicht von Menschen auszeichnet, können sich so nur eingeschränkt etablieren.

Didaktische Überlegungen

Es ist wichtig, diese spezifischen Annahmen bzw. Haltungen der Jugendlichen mehr in den Horizont von Schule, Lehren und Didaktik zu rücken. Für Unterricht bedeutet das, Lernarrangements bereitzustellen, in denen Schüler dazu ermutigt werden, eigene, individualisierte Gedankengänge zu entwickeln, zu verfolgen und offenzulegen. Erst in der Interaktions- und Kommunikationssituation mit anderen kann man sich seiner eigenen Perspektiven (und somit auch seiner selbst) vergewissern, was weit über die Reproduktion von statischem Stoffwissen hinausgeht. Es geht um einen Zugang zum Politischen, der etwas mit der eigenen Persönlichkeit, mit den eigenen Interessen und Sichtweisen in Bezug auf die Gesellschaft, in der man lebt, zu tun hat.

Auf der einen Seite ist hier didaktisch an Konzepte anzuknüpfen, die individualisierende Lern- und Bildungszugänge schaffen. Inhaltlich relevant sind dabei politische Bildungskonzepte, die z.B. eine weltbürgerliche Ausrichtung für den Unterricht anstreben. Auf der anderen Seite ist zugleich die Rolle der Lehrperson in ihrer ‚Orientierungsfunktion‘ in Bezug auf politische Lern- und Bildungsprozesse und die Lerngruppe zu reflektieren.

Politische Bildung mit Migrantinnen und Migranten

Es wird deutlich, dass ‚Politische Bildung mit Migrantinnen und Migranten‘ zumindest für schulische politische Bildung als Fachunterricht nicht auf die Frage reduziert werden kann, ob migrationsbedingte Differenz hervorgehoben oder ignoriert werden sollte. Vielmehr müsste es (auch) darum gehen, die Jugendlichen selbst zum Ausgangspunkt zu nehmen und politische Lern- und Bildungsangebote entsprechend den Bedürfnislagen je spezifisch zu variieren. ◆